Nummer 157 — 20. Jahrgang

Mittwoch, den 9. Juli 1924

Oberschlesische Zeitung

Einzelnummer 10 Goldpfennig

Das Volksblatt für Stadt und Land

Belegnummer 10 Goldpfg

Erscheint werktags. Der Bezugspreis beträgt für die Zeit vom 1.—15. Juli 0,90 Goldmark. — Anzeigenpreisgebühr: Die 10spaltige Millimeterzeile 10 Goldmark. Stellengesuche und -Angebote 0,08 Goldmark, Finanz- und

Redaktions-Fernruf Beuthen 459

Pro fide et patria

Geschäftsstellen-Fernruf Beuthen 458

amtliche Anzeigen 0,20 Goldmark. Reklamezeile 0,40 Goldmark. Laufend e Aufträge werden nur zum Tagespreis berechnet.

Redaktion und Geschäftsstelle Beuthen O.-S., Piekarerstraße 9

Macdonald in Paris.

Neueste Nachrichten.

Entsprechend der von Macdonald im Unterhaus gegebenen Zusage wurde gestern abend ein Weißbuch, das den gesamten Schriftwechsel über die bevorstehende Londoner Konferenz enthält, dem Unterhaus vorgelegt.

Der amerikanische Sachverständige im Sachverständigenkomitee, Owen Young, ist nach Europa abgereist.

Daily Chronicle erfährt, daß die französische Regierung beabsichtige, die Schwarzmeerflotte des Generals Wrangel, die jetzt im französischen Hafen Bizerta liege, zurückzuerstatten.

Zu der gestern im Reichsfinanzministerium stattgehabten Konferenz der Finanzminister der Länder erfährt die T. U. ergänzend, daß die Frage der Abfindung der Eisenbahnländer wegen der noch nicht gezahlten Restkaufsumme eingehend erörtert wurde. Die Besprechungen nehmen nächste Woche ihre Fortsetzung.

Nach dem Lokalanzeiger hat der Staatssekretär für die englischen Kolonien auf Vorschlag des englischen Missionsausschusses den Bann gegen die deutschen Missionsgesellschaften in den englischen Kolonien aufgehoben. Auch für Indien wird die Wiederzulassung deutscher Missionare wohl bald erfolgen.

Zum Fall Haarmann erfährt der amtliche preußische Pressedienst, daß seitens des preußischen Innenministeriums die Tätigkeit der Polizei einer Nachprüfung unterzogen werde.

Die gegen das Urteil im Zeigner-Prozeß von der Staatsanwaltschaft und den Verurteilten eingelegte Revision wurde verworfen, damit ist das Urteil vom 29. 3., das für Zeigner auf 3 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust lautete, rechtskräftig.

Durch Beamte der Hammer politischen Polizei in Verbindung mit der Lippstädter Kriminalpolizei ist bei der kommunistischen Partei in Hamm ein Waffenlager entdeckt und beschlagnahmt worden. Mehrere Persönlichkeiten wurden verhaftet, darunter zwei Gemeindevertreter und ein Kreistagsabgeordneter.

Peretti della Rocca abgesetzt.

Berlin, 8. Juli. Wie der Pariser Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung" aus guter Quelle erfährt, ist der politische Direktor am Quai d'Orsay, Peretti della Rocca, abgesetzt und disziplinarisch belangt worden. Die Regierung hat Beweise dafür, daß er die Umtriebe der nationalen Presse gegen die Person Herriots inspirierte. Peretti della Rocca soll durch einen zuverlässigen Vertreter der Politik Herriots ersetzt werden.

Heute vormittag fand im Elysee unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik ein Ministerrat statt, in dem wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Der Ministerrat billigte zunächst den Wortlaut der gestern aufgesetzten Note, die aber erst nach den Unterhandlungen zwischen Herriot und Mac Donald abgeschickt wird. Ferner beschloß der Ministerrat beim Parlament die Wiederherstellung der alten Arrondissementwahlrechte zu beantragen. Die Vorlage ist heute nacht noch durch den Minister des Innern der Kammer übermittelt worden. Der Ministerrat genehmigte alsdann einige Versetzungen unter den hohen Beamten. Die wichtigste ist die Ersetzung des Millerand nahestehenden Chefs der politischen Polizei Marlier durch einen jungen Beamten des Ministeriums des Innern. Der Ministerrat beschloß endlich, beim Parlament die Ueberführung der Leiche Jaures in das Pantheon zu beantragen und die vom Senat bereits genehmigte Ueberführung von Renan und Michelet in das Pantheon bei der Kammer durchzusetzen.

Nachklänge zum Graff-Prozeß.

Berlin, 8. Juli. Im Zusammenhang mit dem Graff-Prozeß geht demnächst ein Verfahren gegen den Oberwachtmeister Christen, gegen den Anklage erhoben wird, daß er in der Voruntersuchung zugunsten des Angeklagten Katz einen Meineid geleistet habe.

Ein neues Schutzzollgesetz.

Berlin, 9. Juli. Wie der Vorwärts von unterrichteter Seite erfahren haben will, ist der Entwurf eines Schutz-Zollgesetzes bereits fertiggestellt. Der Entwurf greift auf den Zolltarif von 1902 zurück, der 1906 mit Vertragssätzen in Kraft trat. Er sieht u. a. auch für den Doppelzentner im Vertragstarif eine Belastung für Roggen von 5, für Weizen von 5,5, für Malzgerste von 4, für Futtergerste von 1,30 und für Hafer von 5 Mark vor. Durch Verordnung von 1914 wurde dieser Tarif suspensiert. Dazu trat 1922 eine Entschädigung, daß die völlige oder teilweise Wiederherstellung nur durch gesetzgeberische Akte vorzunehmen ist.

Revision der Rentenbank.

Berlin, 8. Juli. Gemäß Paragraph 14 Absatz 3 der Satzungen der Rentenbank ist durch die vom Aufsichtsrat unter Mitwirkung der vom Reichsrat und vom deutschen Rechnungshaus gestellten Kammer eine Revision abgehalten worden, in der festgestellt wurde, daß die vorgeschriebene Deckung der Rentenbriefe und Rentenscheine vorhanden ist.

Preußischer Landtag.

Berlin, 8. Juli. Der Hauptausschuß des preußischen Landtages setzte heute die Beratungen über den Haushalt des Wohlfahrtsministeriums fort. Er befaßte sich mit der allgemeinen Wohlfahrtspflege, Schutz kinderreicher Familien, Alkoholmißbrauch usw. Ein Vertreter des Ministeriums gab Aufschluß über die Erfahrungen mit dem Alkoholverbot in Amerika, wo nach dem Fehlen des Alkohols der Verbrauch von anderen Narkotiken gestiegen sei. Das Material aus Amerika sei übrigens sehr unvollständig. In der Debatte wurden Staatsmittel verlangt für die Errichtung eines preußischen Kinderheims und die Befreiung der Kleinrentner von der Hauszinssteuer.

General v. Seeckt.

München, 8. Juli. Der deutschnationalen „München-Augsburger Abendzeitung" wird von „zuverlässiger Seite" berichtet, daß die offizielle Behauptung der Reichsregierung, wonach zwischen dem Kabinett und dem Chef der obersten Heeresleitung, General von Seeckt, über die Zulassung der Militärkontrolle keine Meinungsverschiedenheiten bestanden hätten oder bestehen, die Tatsachen widerspreche. General von Seeckt habe gelegentlich seiner Besichtigungsreise, die er jetzt durch Deutschland unternimmt, wiederholt vor hohen Offizieren zum Ausdruck gebracht, daß er sich der Wiederzulassung der Militärkontrolle auf das äußerste widersetzt, aber beim Kabinett kein Gehör gefunden habe. Im Zusammenhang damit wird von dem gleichen Blatte behauptet, daß General von Seeckt sich mit dem Gedanken trage, unter solchen Umständen seinen Abschied zu nehmen. (Dazu wird von zuständiger Berliner Seite mitgeteilt, daß die Mitteilung von Rücktrittsabsichten des Generals von Seeckt nicht zutrifft.)

Macdonald in Paris.

Paris, 9. Juli. Der englische Premierminister Macdonald traf gestern nachmittag in Paris ein. Er wurde am Bahnhof vom Ministerpräsidenten Herriot empfangen. Beim Verlassen des Bahnhofes wurde der Premierminister von einer vielhundertköpfigen Menschenmenge mit dem Rufe „Es lebe der Friede" empfangen. Diese Kundgebung machte sichtlichen Eindruck. Die beiden Minister begaben sich sofort zum Quai d' Orsay. Zu Ehren des englischen Premierministers wird Ministerpräsident Herriot heute am Quai d' Orsay ein Frühstück geben.

Paris, 9. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der gestrigen Besprechung zwischen Herriot und Macdonald wohnte außer den schon genannten der Dolmetscher Cammerling bei. Sie wurde gestern abend um ½10 Uhr in der englischen Botschaft wieder aufgenommen. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Besprechung einen herzlichen Verlauf nahm und falls bis heute mittag eine Verständigung zwischen Herriot und Macdonald zustande kommt, wird der englische Premierminister die Rückreise nach London um 4 Uhr nachmittag antreten..

Paris, 9. Juli. Obwohl die beiden Ministerpräsidenten sowie die ihrer Unterredung beiwohnenden Persönlichkeiten, vollkommenes Stillschweigen bewahrten, will Petit Parisien erfahren haben, daß die Wiederaufnahme des Kontraktes von der größten Herzlichkeit gewesen sei. Nach einer offenen Aussprache über das Mißverständnis, das in Paris und Brüssel Erregung hervorgerufen habe, seien die beiden Staatsmänner übereingekommen, die notwendige Einigkeit auf der Konferenz von London wieder herzustellen. Was die angekündigte Haltung betreffe, so betrachten die beiden Regierungen eine Verzögerung als nach jeder Richtung hin außerordentlich gefährlich, namentlich für die Auslegung der deutschen Anleihe in Amerika, Hinsichtlich der Feststellung etwaiger Verfehlungen Deutschlands, sei es möglich, daß ein Kompromiß zustande komme, daß die Autorität der Reparationskommission bestehen lasse, aber einen Organismus schaffe, der den Geldgebern ein höchstes Maß von Bürgschaft bieten könne.

Der offizielle Bericht.

Paris, 9. Juli. Im Anschluß an die gestern abend wieder aufgenommenen Besprechungen in der englischen Botschaft ist folgender Bericht ausgegeben worden:

Die Unterredung zwischen Macdonald und Herriot hat um 9 Uhr pünktlich in der englischen Botschaft begonnen. Es nehmen englischerseits daran teil: Lord Crewe, Sir Eyre Crewe, Oberst Waterhouse, Selby und der englische Botschaftsrat in Paris, Eric Hipps, französischerseits Peretti de la Rocca, Seydoux, Parmentier, Massigly und der Kabinettschef Herriots, Bergery. Die Verhandlungen waren erst in der Nacht um 1,30 Uhr beendet.

Worüber man sich unterhielt.

London, 9. Juli. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph teilt mit, die Einladungen der britischen Regierung seien jetzt auch in Serbien, Rumänien, Griechenland und Portugal gesandt worden. Die Regierungen dieser Mächte seien ersucht worden, ihre Gesandten in London zur Teilnahme an der Konferenz als Delegierte zu ermächtigen.

Quotidien schreibt, die Verhandlungen hätten sich fast ausschließlich auf vier Punkte bezogen:

1) unter welchen Bedingungen Deutschland zur Konferenz am 16. Juli hinzugezogen werden könne,

2) um die Sicherheit der französisch-belgischen Truppen im Rheinland zu garantieren und ob auf einigen strategischen Linien eine Kontrolle bestehen bleiben soll,

3) welche Maßnahmen Deutschland im einzelnen zu treffen habe, damit der Sachverständigenplan offiziell als in Kraft befindlich erklärt und dementsprechend das Ruhrgebiet wirtschaftlich geräumt werden kann,.

4) welches Organ die Verfehlungen Deutschlands feststellen werde.

Frankreich halte eine Absetzung der Reparationskommission für ausgeschlossen.

Die Konferenz am 16. Juli.

Paris, 9. Juli. Havas zufolge wird angenommen, daß Macdonald heute nachmittag Paris verläßt. Es scheine, so fügt die Agentur hinzu, daß die Londoner Konferenz, wie vereinbart wurde, am 16. Juli stattfinden wird.

Beamte, die herauszahlen müssen.

Ein Beamter schreibt in der „Voss. Ztg.":

Daß bei der Besoldungsregelung der Gruppen 1—6 gelinde gesagt, nicht „viel" herauskommt, ist leidlich im Volke bekannt, daß aber Beamte der Gruppe 5 im Anfangsgehalt noch „herauszahlen" müssen, ist sicher noch nicht Tagesgespräch. Wohl aber hat das Publikum bis jetzt viel von der Deckungsfrage dieser zur Erhöhung benötigten Goldmillionen gesprochen.

Man kann allerdings darüber geteilter Meinung sein, ob vom Gesichtspunkt der Steuermoral es gerechtfertigt erscheint, spezifische zur Linderung anderer Nöte erhobene Steuern zu erhöhen, um eine Deckung für diese Ausgaben des Staates zu erlangen.

Der Beamte der Gruppe 5 erhielt nach der 16. Ergänzung des Besoldungsgesetzes ein

Anfangsgehalt von jährlich . . . . . 1296 M.
Hierzu kamen
Ortszuschlag (W. G. Zusch.) 80 v. H.
von 540 M. gleich 432 M., Tarifl. 5 mit . 432 M.

somit 1728 M.

Nach der „Erhöhung" bekommt er wieder . 1296 M.
und, da Anlage 4 geändert ist, Ortszuschlag
nach Tarifklasse 6 mit 80 v. H. von 390 M. 312 „

somit 1608 M.

d. i. eine „Ermäßigung" von 120 M. jährlich, gleich: monatlich 10 M., die der Beamte bei der Rückwirkung der 17. Ergänzung vom 1. Juni 1924 ab mit 10 M. „zurückzahlen" muß.

Ferner ist bestimmt, daß Gruppe 5 Stufe 1 und 2 den Ortszuschlag nach Tarifklasse 5 erhalten. Ein Beispiel: Der Beamte der Gruppe 5 1. Stufe erhielt „vor der Erhöhung" jährlich 1356 M., „nach der Erhöhung" jährlich 1380 M. (also jährlich 24 M., monatlich 2 M. mehr).

Der Ortszuschlag würde nach der jetzt gültigen Staffelung 80 v. H. von 390 M. gleich 312 M. Tarifklasse 6 betragen, durch Sonderbestimmung jedoch nach Tarifklasse 5 auf 80 v. H. von 540 M. festgesetzt gleich 432 M. plus 1380 M. gleich Sa. 1812 M., somit eine Zulage von 1812 minus (1356 plus 432) gleich 1788 M. gleich 24 M. jährlich, 2 M. monatlich

Der Beamte der Gruppe 6 mit Anfangsgehalt erhielt
vorher 1596 M., jetzt 1505 M. Grundgehalt,
vorher 432 M., jetzt 432 M. Ortszuschlag,
also keine Zulage.

Stufe 1 vorher 1680 M., jetzt 1704 M. Grundgehalt (mehr 24 M.)

Stufe 2 vorher 1764 M., jetzt 1812 M. Grundgehalt (mehr 48 M.)

Stufe 1 vorher 432 M., jetzt 432 M., Ortszuschlag (plus —0)

Stufe 2 vorher 432 M., jetzt 432 M. Ortszuschlag (plus —0)

demgemäß ist in Stufe 1 eine Zulage von monatlich 2 M., in Stufe 2 eine Zulage von 4 M. erreicht worden.

Ich bin nicht Beamter der stiefmütterlich behandelten Gruppen aber mein Gerechtigkeitsgefühl bäumt sich auf, wenn man solchen Erhöhungen vielleicht den Mantel der Gerechtigkeit umhängen wollte.

Die Neuordnung unseres Steuerwesens.

Schon vor kurzem haben wir an dieser Stelle die kommende Neuordnung unseres Steuerwesens angekündigt. Der erste Schritt dazu ist nun von der Reichsregierung getan worden. Die Umsatzsteuer ist durch einen Beschluß des Kabinetts von 2½ Prozent auf 2 Prozent ermäßigt worden. Die gesetzgebenden Körperschaften werden die Vorlage beim Wiederzusammentritt des Reichstages bereits vorfinden.

Mit dieser Maßnahme ist eine starke Bresche in das ganze gegenwärtige Steuersystem geschlagen worden. Nicht als ob die Herabsetzung der Umsatzsteuer auf ein halbes Prozent den allgemeinen volkswirtschaftlichen Bedürfnissen genügte — denn eine Umsatzsteuer von 2 Prozent ist auch noch produktionshemmend und preisverteuernd genug! — wohl aber ist dieser Akt die Einleitung zu noch größeren Maßnahmen. Und diese werden, was insbesondere die Umsatzsteuer anlangt, einen weiteren Abbau dieser Steuer bis zur völligen Aufhebung zum Ziele haben müssen.

Aber damit nicht genug: Die Erledigung des Sachverständigengutachtens bedeutet, was offenbar immer noch nicht in den weitesten Schichten des Volkes erkannt wird, eine neue vertragsmäßige Regelung zwischen Deutschland und den alliierten